

Krisenfachleute spähen im Europäischen Patentamt

Das Amt hat den privaten Krisendienstleister Control Risks angeheuert, um Mobbingvorwürfe zu klären. Währenddessen verhandelt es mit den Gewerkschaften weiter über den sozialen Frieden.

kön. MÜNCHEN, 1. Juni. Seit einigen Wochen bemühen sich die Kontrahenten im Europäischen Patentamt (EPA) in München um einen „sozialen Dialog“. Hier der EPA-Präsident Benoît Battistelli, dem als Franzose ein autokratischer Führungsstil nachgesagt wird; dort die Gewerkschaftsvertreter, die endlich innerhalb der überstaatlichen und damit der Immunität unterstehenden europäischen Organisation mit 38 Mitgliedsländern anerkannt werden wollen. Im April trafen sich Battistelli, der Verwaltungsrat des EPA sowie die Arbeitnehmerseite, repräsentiert etwa durch die IGEPA (englisch: Suepo). Und nach dem ersten Spannungsabbau vereinbarten sie, die Gespräche fortzusetzen, um am Ende einen Konsens zu schließen (F.A.Z. vom 25. April).

Doch es gibt wieder atmosphärische Störungen. Denn nur kurz nach dem als historisch bezeichneten, so hoffnungsvoll beendeten Treffen sollen sich im nahe der Isar liegenden Patentamt fremde Personen aufgehalten und genau hingeseht haben. Es handelt sich um Vertreter eines britischen Unternehmens namens Control Risks Group (CRG). Control Risks ist ein Privatunternehmen und versteht sich als Berater für wirtschaftliche Risiken, hilft Unternehmen, Organisationen und Regierungen in der Analyse politischer Risiken sowie bei Sicherheitslösungen, unterstützt das Management bei der Beseitigung operativer Risiken. CRG soll der internen Revision des EPA bei der Aufklärung von Mobbingvorwürfen helfen.

Dienste der Briten sind auch gerne in Situationen gefragt, in denen etwa in Ländern der Dritten Welt Schwierigkeiten gelöst werden müssen, die sich nicht ohne weiteres mit herkömmlichen Mitteln lösen lassen. Control Risks ist auch in Deutschland nicht unbekannt. Es soll das Unternehmen gewesen sein, das angeblich für die Deutsche Telekom Journalisten bespitzelte, um an Kontaktpersonen aus dem Konzern heranzukommen, die



Unruhe im Patentamt: Schon vor zwei Jahren gab es Proteste für die Anerkennung von Gewerkschaften.

Foto Picture-Alliance

Informationen nach außen durchgestochen haben sollen.

„Die Wahl von CRG durch die zuständige Abteilung wurde im Zuge eines Vergabeverfahrens getroffen“, sagte ein Sprecher des EPA. Die zuständige Abteilung war die interne Revision des Patentamtes (Internal Audit and Oversight), dessen Abteilungsleiter John Martin. Nur sie war in die Entscheidung involviert, nicht der Präsident, wird versichert. Im Zuge der Reformen des 2010 angetretenen Battistelli ist die Beschwerdeabteilung eingerichtet worden, die zum Schutz der Mitarbeiter weitgehend unabhängig arbeitet.

Die Revision beschäftigte sich 2014 mit 68 Beschwerden, etwa über Mobbing, Dienststreitigkeiten oder andere Fehlertreue in einer Belegschaft von 4300 Mitarbeitern. Zwar ging die Zahl der Vorwürfe gegenüber 2013 um 23 Prozent zurück. „Weil die Investigativabteilung eher knapp besetzt ist, müssen wir in der Lage sein, externe Unternehmen zu beauftragen, uns bei der Aufklärung zu unterstützen“, begründete Martin den Schritt.

Dass es aber ausgerechnet Control Risks sein musste, die da ausgewählt wurde, hat an einigen Stellen des Hauses – gelinde ausgedrückt – Magenkrämpfe ausgelöst. Es wird als „unglückliche Wahl“ bezeichnet. Und es wird nicht gerade als förderlich für eine gute Verhandlungsmatmosphäre zwischen Präsident und Gewerkschaften betrachtet, dass nun ausgerechnet ein Personalvertreter Gegenstand von Ermittlungen wegen vermeintlicher Mobbingvorwürfe ist.

Dies alles, ist von der Arbeitnehmerseite zu hören, unterminiere die Bemühungen um einen sozialen Dialog. Obwohl: Streng genommen, darauf legt das EPA Wert, haben Untersuchungen von Mitarbeiterbeschwerden nichts mit dem aktuellen Prozess des Dialogs zu tun. So wurde denn auch betont, dass die zweite Gesprächsrunde mit Battistelli, dem Verwaltungsratsvorsitzenden Jasper Kungstad und den Gewerkschaften IGEPA (München) sowie FFPA (für die Zweigstelle Den Haag) am vergangenen Donnerstag nicht nachhaltig gestört worden sei. Das

Ausspähen soll dem Vernehmen nach zwar ein Thema gewesen sein. Die große Empörung sei indes ausgeblieben; im Gegensatz zu den Demonstrationen in den vergangenen Jahren über die für Behördenverhältnisse radikalen Reformpläne des Präsidenten.

Es bleibe bei dem Ziel, bis September die Grundlagen für eine Vereinbarung zu schaffen, in der nicht nur die Gewerkschaften formal als Arbeitnehmervertreter im EPA anerkannt werden. Sie wollen auch in die Reformprozesse eingebunden werden. So geht es da um ein leistungsorientiertes Bewertungssystem für Mitarbeiter oder um die Kontrolle der Krankenzeiten, die im EPA auffällig hoch sind. Da diese Reformschritte mitunter schon eingeführt worden sind, zweifeln die Arbeitnehmervertreter jedoch an der Ernsthaftigkeit Battistellis, tatsächlich einen sozialen Konsens zu erzielen. Da scheint der Zeitplan ehergeizig gesteckt – und das Anheuern eines bewährten Krisenhelfers kontraproduktiv.

Russlands neue Maschinenbau-Revolution

Ehrgeizig oder einfach nur vermessen? Moskau will die Importabhängigkeit verringern

bet. MOSKAU, 1. Juni. Hier also soll es beginnen. Auf der „Metallobrabotka“ in Moskau, Russlands größter Messe für Werkzeugmaschinen, war dieser Tage ein Wort immer wieder zu hören: Importsubstitution. Wegen der Ukraine-Krise, dem Zerwürfnis mit dem Westen und den Sanktionen will der Kreml mehr Waren im eigenen Land herstellen lassen, statt sie zu importieren. Damit das gelingt, muss Russland die Waren auch produzieren können. Das nimmt seinen Anfang bei Werkzeugmaschinen. Russlands Importabhängigkeit ist hier immens, rund neun Zehntel der benötigten Produktionstechnik muss es derzeit einführen. Das zu substituieren sei so, als wenn man einen Krieg gewinnen wolle, sagt ein russischer Unternehmer. „Aber im Krieg hat man einen Plan. Wir haben keinen Plan.“

Tatsächlich ist es mehr ein Ziel als ein Plan, was die russische Regierung Ende März für die neue industrielle Revolution vorgegeben hat. 18 Industriezweige sollen bis 2020 unabhängiger von Einfuhren werden, darunter neben Werkzeugmaschinen auch die Automobilindustrie, der Schiffbau und der Baumaschinenbau. Je nach Art der Maschinen beträgt die Importabhängigkeit heute bis zu 100 Prozent. Selbst die Regierung hält es nicht für möglich, den Anteil in irgendeiner Sparte in fünf Jahren auf weniger als 50 Prozent zu senken. Der Nachholbedarf ist zu groß, es fehlt notorisch an Fachkräften, und nun kommt auch noch die Wirtschaftsschwäche hinzu, die Investitionen einbrechen lässt. Auch aufgrund der Sanktionen sind Finanzmittel knapp – und der Staat will nur 16 Prozent jener 1500 Milliarden Rubel (26,0 Milliarden Euro), welche die Aufholjagd kosten soll, selbst zahlen. Den Rest sollen die Unternehmen aufbringen.

„Importsubstitution klingt gut und fühlt sich gut an“, sagt Wladimir Smetana, Vorsitzender der Entwicklungskommission beim russischen Verband der Ingenieure, auf der Metallobrabotka. Aber man habe keine Voraussetzungen für eine neue Industrialisierung, vor allem nicht in der Wirtschaftskrise und ohne Zugang zu Kapital. Es wird also auch künftig nicht ohne Maschinenimporte gehen. Für traditionelle europäische Lieferländer wie Deutschland und die Schweiz ist das bei der gegenwärtigen Wetterlage aber nur ein schwacher Trost (siehe Kosten). „Russische Kunden aus vielen Branchen investieren wenig“, sagt Klaus-Peter KuhnMünch, Manager beim Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW). „Aber der Modernisierungsbedarf ist gigantisch hoch, wir hoffen auf baldige Besserung.“

Zu schaffen machen deutschen Herstellern außerdem Probleme mit eigenen Behörden wie dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Der Export von Maschinen, die sich theoretisch auch für militärische Zwecke nutzen lassen, muss bewilligt werden – und viele der rus-



Selbst ist der Mann: Reparatur in einem russischen Eisenbahnwerk

Foto Picture-Alliance

China nutzt die deutsche Schwäche

Dass Geschäfte mit Kunden in Russland eine heikle Angelegenheit geworden sind, wissen die deutschen Maschinenbauer seit langem. Im Jahr 2012 wurden zum letzten Mal steigende Zahlen auf diesem wichtigen Exportmarkt gemeldet, danach gab es nur noch eine Richtung: abwärts. Einem Rückgang von 3,5 Prozent im Jahr 2013 beim Wert der ausgeführten Waren folgten 17 Prozent im Jahr danach – und für die ersten drei Monate dieses Jahres berichtet der Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) am Montag von weiteren 28,4 Prozent Minus im Vergleich zum Vorjahr. Ukraine-Krise, Sanktionspolitik und eine allgemeine Wirtschaftskrise lassen grüßen.

Der deutsche Dachverband weiß inzwischen genauer denn je, woran er ist. Er kann sich auf die Berichte einer Delegation um den VDMA-Präsidenten Reinhold Festge berufen, die kürzlich mehrere Tage in Russland war, um die Lage vor Ort zu ermitteln – Gespräche mit Unternehmen, Banken und Ministerien inklusive. Zweitens liegen die Ergebnisse einer Umfrage unter mehr als 250 deutschen Maschinenbauern vor, die über Probleme und Perspektiven in

Russland berichteten. 94 Prozent gaben an, von der Russland-Krise betroffen zu sein, die meisten in Form von Auftragsrückgängen (83 Prozent) und sinkenden Anfragen (70).

Festge sagte, dass russische Kunden – abgesehen von den Folgen der Sanktionen – vor allem ein „Preisproblem“ hätten. „Wir sind zu teuer für die Russen.“ Dort hätten Rubelschwäche, Ölpreisverfall und die Folgen des Embargos für denkbar schlechte Bedingungen gesorgt. Und plötzlich sei „China der Liebling der Russen“, heißt es beim VDMA. Dieser Konkurrent baut zwar nicht so hochwertig, aber günstiger und sichere sich einen immer größeren Marktanteil. Im Vergleich mit China haben deutsche Hersteller in den vergangenen zehn Jahren schon 10 Prozent Marktanteil verloren – ein Trend, der sich fortsetzen wird. Dass China bald der russische Maschinenlieferant Nummer eins ist, sei ausgemacht, heißt es.

Festge sagte zwar, dass „der Boden noch nicht erreicht“ sei, weil auch der Auftragsrückgang rückläufig ist. Eine Änderung bei der Gesamtprognose für das Jahr 2014 (plus 2 Prozent) wegen Russland sei aber nicht nötig – und Arbeitsplatzverluste in der Branche nicht zu erwarten. umx.

sischen Kunden sind Mischkonzerne, die für den militärischen und den zivilen Bereich produzieren. Seit der Ukraine-Krise und den EU-Sanktionen würden Exportanträge nur zögerlich langsam oder gar nicht bearbeitet, ist von Unternehmern zu hören. Bewilligungen seien grundsätzlich sehr schwer zu erhalten.

Manche deutsche Firmen vermuten dahinter politisch motivierte Schikane. Potentielle russische Kunden sprängen ab, weil sie das Risiko scheuten, ihre Bestellung nicht zu erhalten. Ganz offen mit Verweis auf „politische Gründe“ hat jedenfalls das Bundeswirtschaftsministerium in diesem Jahr seine Unterstützung für den deutschen Auftritt auf der Metallobrabotka verweigert. Trotzdem sind fast alle deutschen Aussteller der vergangenen Jahre, geschätzt rund 150, in Moskau erschienen.

Insgesamt waren auf der Messe über 900 Unternehmen vertreten. Immerhin 58 Firmen, und damit ebenfalls etwa so viele wie im Vorjahr, stammten aus einem Land, das sich weniger Zurückhaltung auferlegt als Deutschland: der Schweiz. Eine kleine Halle füllte der Auftritt der eidgenössischen Werkzeugmaschinenhersteller. Der Schweizer Botschafter, die im Staatsauftrag tätige Exportförderagentur und die staatliche Exportversicherung Serv zeigten Präsenz. Exportversicherung und Exportfinanzierung sind bei Russland-Geschäften zu einem kritischen Faktor avanciert – wer hier Lösungen anbietet, hat Vorteile.

Die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland seien gut und im Handel mit Werkzeugmaschinen keine Belastung, sagt Beat Brunner, Vertreter des Schweizer Branchenverbandes Swissmem – auch wenn der Exporterlös um 10 Prozent auf umgerechnet 109 Millionen Euro schrumpfte. Damit war die Sparte für rund ein Zehntel aller Schweizer Ausfuhren von Maschinen und Maschinenteilen nach Russland verantwortlich. Wie im Fall der deutschen Konkurrenz legte der Export von Werkzeugmaschinen entgegen dem Trend im ersten Quartal 2015 zu, um 12 Prozent auf 21 Millionen Euro. Auch auf Schweizer Seite will niemand darin eine Wende sehen.

Deutlich weniger Sorgen haben die eidgenössischen Produzenten mit der Erteilung von Exportbewilligungen. Während die EU jedweden Export von Dual-Use-Gütern für potentiell militärische Zwecke unterbinden will, hat Bern nur eine Handvoll Empfänger aus der Rüstungsbranche auf eine Verbotliste gesetzt. Das bringt zwar Einschränkungen mit sich und verlangt von den Firmen mehr Nachweise. Die Unternehmen würden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) aber fair behandelt, sagt Swissmem-Vertreter Brunner. Ihm seien keine Beschwerden bekannt. Die Einschränkungen haben laut Brunner keine einschneidenden Auswirkungen für die Schweizer Werkzeugmaschinenhersteller.

My Taxi droht Niederlage im Streit um Rabattaktion

Reduzierung des Fahrpreises „wohl wettbewerbswidrig“

ols. STUTTGART, 1. Juni. Ein Taxi mit Hilfe des Smartphones direkt beim Fahrer bestellen, ohne Umweg über die vermittelnde Zentrale: Das Angebot des zum Daimler-Konzern gehörenden Buchungsdienstes My Taxi sorgt seit Jahren für Unruhe im deutschen Fahrgewerbe. Gegen eine Rabattaktion, bei der Mitte Mai in Deutschland und international mit Nachlassen von bis zu 50 Prozent für Fahrten gewonnen wurde, die über die App vermittelt wurden, klagte die in Stuttgart ansässige Taxi-Auto-Zentrale. Sie erwarte vor dem örtlichen Landgericht gegen My Taxi eine einstweilige Verfügung, weil das Vorgehen ihrer Ansicht nach wettbewerbswidrig ist. Diese Verfügung gilt zunächst für das Gebiet der Stuttgarter Taxizentrale.

Nun verhandelte das Landgericht den Fall, weil sich die Daimler-Tochter mit der Entscheidung nicht abfinden wollte. Richterin Martina Heper machte klar, dass die Rabattaktion nach vorläufiger Einschätzung gegen das Gesetz verstößt, „weil die Reduzierung des Fahrpreises wohl wettbewerbswidrig sein dürfte“. Denn der Buchungsdienst beschränke sich nicht nur auf die reine Vermittlung der Fahrten, sondern regle zugleich auch die Art der Bezahlung – entweder per Kreditkarte oder über den Internetbezahlungsanbieter Pay Pal. Denn in Deutschland gelten eigentlich von den lokalen Behörden festgelegte Preise für Taxifahrer. Diese dürfen laut Personenbeförderungsgesetz weder über- noch unterschritten werden. Das Gesetz wolle ruinösen Wettbewerbs verhindern, sagte die Richterin weiter, die ihre Entscheidung am 15. Juni verkünden will. Die Daimler-Tochter hatte argumentiert, nicht unter das Personenbeförderungsgesetz zu fallen, weil nur Fahrten vermittelt werden. Nach Auffassung der Richterin rückt My Taxi mit seiner Tätigkeit, für die die Fahrer eine Provision zahlen müssen, aber durchaus in die Nähe von Taxiunternehmen.

Die Branche befürchtet, dass Aktionen wie die von My Taxi die herkömmlichen Vermittlungszentralen Kunden kosten und die Strukturen des Gewerbes zerstören. Mit 40 Prozent Marktanteil in Deutschland ist mittlerweile fast jedes zweite Taxi für den Buchungsdienst in Deutschland im Einsatz, wie ein Sprecher sagte. Weltweit seien es 45 000. Der Dienst ist den Angaben zufolge inzwischen in Wien, Graz, Salzburg, Zürich, Barcelona, Madrid, Warschau und Washington abrufbar.

Daimler bewegt sich mit dem Angebot in einem Spannungsfeld. Denn er ist mit seiner Marke Mercedes-Benz praktisch

Hoflieferant für die Branche in Deutschland. Nach Angaben des Deutschen Taxi- und Mietwagenverbandes (BZP) sind rund 60 Prozent aller Taxen hierzulande Mercedes-Autos, der Großteil davon entfällt auf die E-Klasse. BZP-Präsident Michael Müller sagte, die Situation führe zu Spannungen zwischen dem Verband und dem Unternehmen. Seit 2014 hält Daimler alle Anteile an dem Buchungsdienst. Schon als die Schwaben 2012 als Geldgeber eingestiegen waren, hatte der Taxiverband heftig protestiert. Die mehreren hundert Vermittlungsstellen, die bislang traditionell zwischen Kunde und Fahrer den Kontakt herstellen, dürften keine Rabatte gewähren. Der neuartige Buchungsdienst solle nicht für zusätzliche Aufträge, sagte Müller weiter.

Taxizentralen sind inzwischen selbst in das Geschäft mit den Apps eingestiegen. Über „Taxi Deutschland“, „Cab4me“ und „Taxi.eu“ werden nun entsprechende Fahrten vermittelt. Der BZP hat seinerseits eine einstweilige Verfügung gegen die Rabatte von My Taxi vor dem Landgericht Hamburg erwirkt.

ANZEIGE

Morgen in Natur und Wissenschaft

Nach dem Skandal
Organempfänger brauchen mehr Rechte, fordert die Nationalakademie.

Eine seltsame Bindung
Bei Helium finden man einen exotischen Quanteneffekt.

Provokationen vom Meister
Nicht unbedeutend, dieser Jesus! Gespräche mit Gershom Scholem.

Palästina verstehen
In München eröffnet Deutschlands erstes Zentrum für Israel-Studien.

Kostenloses Probeabo 0180 2 52 52*
www.faz.net/probeabo
* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.



Übernahme schiebt Annington an

Kauf von Gagfah bringt mehr Synergien als gedacht

B.K. DÜSSELDORF, 1. Juni. Die Übernahme des Wettbewerbers Gagfah wird Deutschlands größter Wohnungsgesellschaft, der Deutschen Annington, mehr Synergien bringen als zunächst gedacht. „Wir sind mitten in der Integration, können aber schon jetzt feststellen, dass der Zusammenschluss auf der wirtschaftlichen Seite erfolgreicher als erwartet sein wird“, stellte der Vorstandsvorsitzende Rolf Buch anlässlich des Berichts zum ersten Quartal fest. Waren ursprünglich 84 Millionen Euro an Kostenvorteilen aus der Bündelung der Geschäfte eingeplant, wird nun erwartet, dass sich die Synergieeffekte bis Ende 2017 auf rund 130 Millionen Euro summieren werden. Sie sollen unter anderem aus der Bewirtschaftung, dem Einkauf und dem Bestandsmanagement sowie wohnungsnahen Dienstleistungen stammen. Nach der Integration der rund 144 000 Gagfah-Wohnungen besitzt die im Frühjahr entstandene Gruppe inzwischen rund 350 000 Wohneinheiten. An der Börse kamen die Aussagen im Quartalsbericht gut an. Die im Mittelwertindex M-Dax notierte Aktie legte im Verlauf des Vormittags um bis zu 6 Prozent auf über 30,50 Euro zu und führte damit die Gewinnerliste des Börsensegments an. Die aktuellen Kursziele von Banken wie JP Morgan, Commerzbank oder Société Générale liegen zum Teil deutlich darüber.

Aareal Bank schließt Westimmo-Kauf ab

WIESBADEN, 1. Juni (dpa). Der Immobilienfinanzierer Aareal Bank hat seinen zweiten größeren Zukauf binnen zwei Jahren wie geplant abgeschlossen. Die im Februar angekündigte Übernahme der früheren West-LB-Tochtergesellschaft Westimmo wurde zum 31. Mai vollzogen, wie das Institut am Montag in Wiesbaden mitteilte. Der Kaufpreis für die Pfandbriefbank mit Hauptsitz in Mainz werde unwesentlich nach oben oder unten von den veranschlagten 350 Millionen Euro abweichen, erklärte ein Sprecher. Im Gegenzug verbucht die Aareal etwa 150 Millionen Euro Einmalbetrag. Ende März 2014 hatte die Aareal schon den Konkurrenten Corealcredit übernommen. Bis Ende dieses Jahres soll die Westimmo technisch in den Aareal-Bank-Konzern integriert werden. Der Geschäftsbetrieb in Mainz soll für mindestens drei Jahre erhalten bleiben, eine signifikante Zahl von Arbeitsplätzen bei der Westimmo zumindest mittelfristig erhalten bleiben.

Das fusionierte Bochumer Unternehmen, das sich noch im Laufe dieses Jahres in Novonia SE umbenennen wird, ist im ersten Quartal auch operativ gut vorangekommen. Einschließlich der Gagfah-Ergebnisbeiträge für den Monat März sind die Erträge aus dem laufenden Geschäft deutlich auf rund 116 (Vorjahr: 62) Millionen Euro geklettert. Damit lag die in der Immobilienwirtschaft übliche Ertragskennziffer, die sich aus dem Ergebnis vor Abschreibungen und Steuern und den Gewinnen aus Verkäufen zusammensetzt, über den Analystenschätzungen. Für das Gesamtjahr wird nun ein operatives Ergebnis von 530 bis 550 Millionen Euro angepeilt.

Bei geplanten Mieterhöhungen zwischen 2,6 und 2,8 Prozent je Quadratmeter sollen die Mieteinnahmen in diesem Jahr bis zu 1,37 Milliarden Euro erreichen. Die Leerstandsquote soll nach den Vorstellungen des Unternehmens weiter von zuletzt 3,4 Prozent auf rund 3 Prozent sinken. Für Instandhaltung und Modernisierung sind in diesem Jahr bis zu 620 Millionen Euro oder rund 31 Euro je Quadratmeter geplant, wobei eigenen Angaben zufolge inzwischen das Gros der Dienstleistungen von unternehmenseigenen Handwerkerorganisationen erbracht wird. Den Aktionären wird eine Dividende von einem Euro (Vorjahr: 78 Cent) in Aussicht gestellt.

Die Bayer-Chemie heißt bald Covestro

B.K. DÜSSELDORF, 1. Juni. Covestro wird der neue Chemiewert heißen, der bis spätestens Mitte 2016 sein Börsendebüt feiern soll. Bis Ende August firmiert die Kunststoffsparte von Bayer noch als Bayer Material Science (BMS), sie wird das viertgrößte europäische Chemieunternehmen nach BASF, Lyondellbasell und Evonik. Covestro kombiniere Begriffe, die die Identität des neuen Unternehmens reflektieren, heißt es bei Bayer. So sollen die beiden Buchstaben C und O für Collaboration, also Zusammenarbeit, stehen. Der mittlere Wortteil „vest“ soll an den Begriff „investieren“ erinnern und deutlich machen, dass der Noch-Teilkonzern mit modernen Produktionsanlagen gut aufgestellt sei. „Stro“ schließt sich vom englischen Wort für „stark“ abgeleitet. Der Leverkusener Bayer-Konzern will sich künftig ausschließlich um die margenstärkeren Geschäfte rund um die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze konzentrieren.

English translation

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Crisis management experts are snooping around the EPO

The European Patent Office has hired the private “global risk consultants” Control Risks to deal with allegations of mobbing. At the same time, it is the process of conducting talks with staff unions aimed at restoring “social peace”.

Munich, 1st June 2015. For a number of weeks now, opposing parties at the European Patent Office (EPO) in Munich have attempted to engage in a "social dialogue".

On the one hand, there is the EPO President Benoît Battistelli, a Frenchman who is said to be characterised by an autocratic leadership style; on the other hand, there are the staff union officials who hope to finally achieve recognition within the European organization which has 38 member states and enjoys immunity due to its supranational character.

In April, Battistelli and the Administrative Council of the EPO met with staff members represented by the Staff Union (IGEPA/SUEPO). After initially breaking the ice, they agreed to continue talks in order to arrive at a consensus (as reported in the FAZ on 25 April).

But storm clouds appear to be gathering on the horizon again. Shortly after this historical meeting which ended on such a hopeful note, some strangers called at the Patent Office beside the Isar and started to take a closer look. These were representatives of a British company called Control Risks Group (CRG). Control Risks is a privately held company which describes itself as “a global risk consultancy”. It offers advice on economic risks and assists companies, organisations and governments with the analysis of political risks and security solutions and supports managements in the elimination of operational risks. CRG is supposed to help the Internal Audit department of the EPO with the investigation of allegations of mobbing.

The services of these British experts are also very much in demand in situations such as those encountered in Third World countries which involve dealing with problems that cannot be easily resolved using conventional means. Control Risks has even made a name for itself in Germany. It is said to be the company that allegedly spied on journalists on behalf of Deutsche Telekom in order to identify contact persons inside the company who were involved in leaking information to external parties.

"The selection of CRG by the competent department was made in the course of a procurement procedure," said a spokesman for the EPO. The competent department was the Internal Audit and Oversight department of the EPO whose Director is Mr. John Martin.

It was confirmed that only this department and not the President was involved in the decision. As part of the reforms introduced by Battistelli who assumed office in 2010, an internal investigation unit which operates in a substantially independent manner to protect its staff was established [*as part of the Internal Audit and Oversight department*].

In 2014, the Internal Audit department dealt with 68 complaints, for example cases involving mobbing, bullying, employment law violations or other misconduct by staff out of a workforce of 4,300 employees.

Although the number of complaints declined by 23 percent compared to 2013, Mr. Martin justified the move [to hire external investigators] as follows: "*Because the EPO Investigative Unit is rather small in terms of staffing, we need to be able to contract external companies to support our fact-finding enquiries.*"

However, the fact that it was Control Risks which was selected has - to put it mildly - caused "indigestion" in some quarters inside the EPO. It is referred to as an "unfortunate choice". And the targeting of staff representatives as the subject of investigations into mobbing allegations is hardly considered to be conducive to a good atmosphere for talks between the President and staff unions.

According to what can be heard from staff, the overall effect of these developments is undermine the efforts to establish a social dialogue. On the other hand, the EPO tries to emphasise that, strictly speaking, the investigations into staff complaints are not connected with the current process of dialogue. And it was keen to point out that the second round of talks with Battistelli, the Chairman of the Administrative Council, Jesper Kongstad and staff unions SUEPO (Munich) and FFPE-EPO (representing the branch at The Hague) had not suffered any unsustainable damage last Thursday. The topic of surveillance did indeed come up on the agenda according to reports but the sense of outrage remained within bounds unlike the demonstrations in recent years against the President's reform plans which by EPO standards were perceived as radical.

The goal remains to lay the foundations by September for an agreement according to which the trade unions will not only be formally recognized as representatives of staff at the EPO. They also want to be involved in the reform processes such as those relating to a performance-based reporting system for employees and the oversight of sick leave and other absences which are conspicuously high at the EPO. As these reform measures have already been introduced, the staff representatives doubt whether Battistelli is really serious about achieving a social consensus. Against this background, the timetable which has been set seems ambitious - and the decision to hire experienced "crisis management assistance" counterproductive.

Traduction française

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Des professionnels des crises espionnent l'Office européen des brevets.

L'Office a fait appel à un prestataire privé de services de crise, Control Risks, pour enquêter sur des accusations de harcèlement. Pendant ce temps, il continue de négocier avec les organisations syndicales sur la paix sociale.

kön. MUNICH, 1^{er} juin. Depuis quelques semaines, les partenaires sociaux de l'Office européen des brevets (OEB) de Munich s'efforcent d'engager un « dialogue social ». D'un côté, le président de l'OEB Benoît Battistelli, qui, en tant que Français, se voit reprocher un style de direction autoritaire ; de l'autre, les délégués syndicaux, qui veulent être enfin reconnus au sein de cette organisation européenne supranationale regroupant 38 États membres qui bénéficie en tant que telle d'une immunité. En avril a eu lieu une rencontre entre M. Battistelli, le conseil d'administration de l'OEB et, pour les salariés, l'IGEPa (en anglais : SUEPO). Et, après avoir d'abord apaisé les tensions, ils sont convenus de poursuivre les entretiens afin de parvenir à un consensus (F.A.Z. du 25 avril).

Mais de nouvelles perturbations atmosphériques sont apparues. En effet, peu après la rencontre qualifiée d'historique, qui s'était conclue de façon si prometteuse, des personnes étrangères se sont rendues à l'Office des brevets situé au bord de l'Isar pour l'inspecter sous toutes les coutures. Il s'agit de représentants d'une entreprise britannique dénommée Control Risks Group (CRG). Control Risks est une entreprise privée qui se présente comme un conseiller en risques économiques, aide les entreprises, organisations et gouvernements à analyser les risques politiques, ainsi qu'à mettre en place des solutions de sécurité et assiste la direction en vue de l'élimination des risques opérationnels. CRG est là pour participer à un contrôle interne de l'OEB afin d'enquêter sur des accusations de harcèlement.

On fait aussi volontiers appel aux services des Britanniques dans des situations où il s'agit, par exemple, de résoudre, dans des pays du tiers-monde, des problèmes dont les méthodes traditionnelles ne permettent pas de venir à bout. Control Risks n'est pas non plus inconnu en Allemagne. C'est l'entreprise qui aurait espionné, pour Deutsche Telekom, des journalistes afin de remonter aux contacts, qui, au sein du groupe, auraient fait fuiter des informations vers l'extérieur.

« Le choix de CRG a été effectué par le service compétent dans le cadre d'une procédure d'attribution des marchés », a déclaré un porte-parole de l'OEB. Le service

compétent était l'unité d'investigation interne de l'Office des brevets (Internal Audit and Oversight), dont le chef de service est John Martin. Seul ce service a participé à la décision, pas le président, nous assure-t-on. Ce service des plaintes, qui œuvre à la protection des collaborateurs d'une façon largement indépendante, a été mis en place dans le cadre des réformes de M. Battistelli, qui est en fonction depuis 2010.

L'unité d'investigation a traité en 2014 68 plaintes, par exemple pour harcèlement, violations du statut ou autres problèmes, pour un effectif de 4300 collaborateurs. Le nombre de griefs a, certes, diminué de 23 pour cent par rapport à 2013. M. Martin justifie la mesure prise en ces termes : « L'unité d'investigation ayant des effectifs plutôt réduits, nous devons être en mesure de faire appel à des entreprises extérieures pour nous aider à établir les faits. »

Mais que ce soit précisément Control Risks qui ait été choisi, voilà ce que d'aucuns, dans la maison, et c'est le moins qu'on puisse dire, ont du mal à digérer. On parle d'un « choix malheureux ». Le fait que ce soit précisément un représentant du personnel qui fasse actuellement l'objet d'investigations pour des allégations de harcèlement n'est pas vraiment fait pour favoriser un bon climat de négociation entre le président et les syndicats.

Tout cela, peut-on entendre du côté des travailleurs, sape les efforts pour établir un dialogue social. Toutefois, au sens strict, insiste l'OEB, les investigations sur des plaintes de collaborateurs n'ont rien à voir avec le processus actuel de dialogue. Il a ainsi été souligné que la seconde série d'entretiens avec M. Battistelli, le président du conseil d'administration Jasper Kungstad et les syndicats IGEPA (de Munich), ainsi que FFPA (pour l'établissement de La Haye), qui s'est déroulée jeudi dernier, n'a pas été perturbée outre mesure. L'espionnage aurait, certes, été évoqué, nous dit-on. Mais il n'y aurait pas eu de vague d'indignation, contrairement aux manifestations auxquelles ont donné lieu, ces dernières années, les projets de réforme du président, jugés radicaux par rapport aux habitudes de l'autorité des brevets.

L'objectif demeure de créer d'ici septembre les bases d'une convention qui ne se limiterait pas à la reconnaissance formelle des syndicats en tant que représentants des salariés au sein de l'OEB. Les syndicats veulent également être intégrés dans les processus de réforme.

Il est ainsi question d'un dispositif d'évaluation des collaborateurs fondé sur les performances ou du contrôle des périodes de maladie et d'absence, qui sont particulièrement élevées à l'OEB. Ces mesures de la réforme ayant, entre-temps, déjà été mises en place, les représentants des salariés ont, cependant, des doutes sur la volonté sincère de M. Battistelli de parvenir effectivement à un consensus social. À cet égard, le calendrier semble très ambitieux et le recours à des professionnels des crises contreproductif.

Nederlandse vertaling

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Crisisexperts bespieden het Europees Octroobureau

Het Europees Octroobureau (in het Duits EPA), heeft de particuliere crisisexperts van Control Risks in de arm genomen om beschuldigingen van intimidatie van werknemers te onderzoeken. En terwijl dit onderzoek gaande is, wordt er met de vakbonden verder onderhandeld over de maatschappelijke vrede.

kön. MÜNCHEN, 1 juni. Sinds een paar weken zetten partijen die in de EPA in München tegenover elkaar staan zich in voor een “maatschappelijke dialoog”. Aan de ene kant staat EPA-president Benoît Battistelli, de Fransman die een autocratische manier van leiderschap wordt verweten, aan de andere kant staan de vakbondsvertegenwoordigers, die eindelijk erkenning willen binnen de supranationale en daarmee immuniteit genietende Europese organisatie met 38 aangesloten lidstaten. In april gingen Battistelli, de Raad van Bestuur van de EPA en de werknemers, vertegenwoordigd door de SUEPO, met elkaar om tafel. En nadat voor het eerst de spanning wat uit de lucht was, kwamen de partijen overeen om de gesprekken voort te zetten om uiteindelijk consensus te bereiken (F.A.Z. van 25 april).

Maar opnieuw zit er onweer in de lucht. Want kort na de als historisch aangemerkte en zo hoopvol afgeronde gesprekken zouden zich in het octroobureau aan de Isar onbekende personen hebben opgehouden en hun ogen flink de kost hebben gegeven. Het gaat om vertegenwoordigers van een Britse onderneming, Control Risks Group (CRG) genaamd. Control Risks is een particulier bedrijf dat deskundig advies biedt op het gebied van economische risico's en bedrijven, organisaties en overheden helpt bij het analyseren van politieke risico's en bij veiligheidsoplossingen, en het management ondersteuning biedt bij het wegnemen van operationele risico's. CRG zou assisteren bij het interne onderzoek van de EPA om beschuldigingen van intimidatie van werknemers na te trekken.

De diensten van de Britten zijn ook erg gewild in situaties waarin er bijvoorbeeld in derdewereldlanden problemen moeten worden opgelost waar traditionele middelen tekortschieten. Control Risks is ook in Duitsland geen onbekende. Hetzelfde bedrijf zou door Deutsche Telekom zijn ingehuurd om journalisten te bespioneren om te achterhalen wie binnen het concern informatie naar buiten lekte.

“Dat de verantwoordelijke afdeling heeft gekozen voor CRG is de uitkomst van een gunningsprocedure”, aldus een woordvoerder van de EPA. Die verantwoordelijke afdeling was Internal Audit and Oversight (interne controle en supervisie), met aan het hoofd John

Martin. En, zo bond men op het hart, alleen die afdeling was betrokken bij die beslissing. De president stond er helemaal buiten. De klachtenafdeling is opgezet in het kader van de hervormingen van de in 2010 aangetreden Battistelli. Deze afdeling kent een vergaande mate van onafhankelijkheid ter bescherming van de werknemers.

Internal Audit & Oversight boog zich in 2014 over 68 klachten, bijvoorbeeld over intimidatie op het werk, inbreuk op rechtspositie of andere misstappen in een personeelsbestand van 4300 werknemers. Het aantal beschuldigingen is weliswaar afgenomen met 23 procent ten opzichte van 2013. “Omdat de onderzoeksafdeling nogal onderbezet is, moet het mogelijk zijn om externe bedrijven in de arm te nemen om ons bij het onderzoek te helpen”, zo motiveerde Martin de maatregel.

Dat uitgerekend Control Risks werd uitgekozen, heeft op sommige plekken binnen het EPA-gebouw - zachtjes uitgedrukt - geleid tot gerommel in de maag. Het wordt als een “ongelukkige keuze” aangemerkt. En het wordt niet echt gezien als bevorderlijk voor een goede verstandhouding tussen president en vakbonden dat er uitgerekend tegen een werknemersvertegenwoordiger een onderzoek loopt wegens vermeende intimidatie van werknemers.

Dit alles, zo valt onder de werknemers te beluisteren, ondermijnt de inspanningen voor een maatschappelijke dialoog. Oftewel: Strikt genomen, zo onderstreept de EPA, heeft het onderzoeken van klachten van werknemers niets van doen met de huidige dialoog. Zo werd daarom ook benadrukt dat de tweede gespreksronde met Battistelli, voorzitter van de Raad van Bestuur Jasper Kungstad en de vakbonden SUEPA (München) en FFPA (voor het bureau in Den Haag) van afgelopen donderdag niet duurzaam verstoord is. Het bespieden zou naar verluidt een agendapunt zijn geweest, maar de grote ophef is uitgebleven; in tegenstelling tot de betogingen in de afgelopen jaren tegen de hervormingsplannen van de president, die voor de verhoudingen binnen de instantie radicaal uitpakten.

Doelstelling blijft om voor september de basis te leggen voor een overeenkomst waarin niet alleen de vakbonden formeel als werknemersvertegenwoordigers van de EPA worden erkend. Ze willen ook meepraten over de hervormingsprocessen. Het gaat dan onder meer over een prestatiegebaseerd beoordelingssysteem voor werknemers of het controleren van afwezigheid, ook wegens ziekte, die bij de EPA opvallend hoog is. Aangezien deze hervormingen inmiddels al zijn doorgevoerd, zetten de werknemersvertegenwoordigers toch hun vraagtekens bij hoe serieus Battistelli werkelijk is om maatschappelijke consensus te bereiken. Wat dat betreft lijkt het tijdschema ambitieus - en het inschakelen van een gerenommeerde crisishulp contraproductief.